

LUTZ BRANGSCH, JUDITH DELLHEIM

## **GRIECHENLAND BLEIBT FÜR LINKS ZENTRAL**

*Das nun vorliegende Lesematerial basiert auf einem Text, der aus der gemeinsamen Diskussion der HerausgeberInnen, der Vorsitzenden der linken Fraktion im Europäischen Parlament Gabi Zimmer und des RLS-Partners Frieder Otto Wolf hervorging. In unseren Gesprächen haben wir immer wieder Erfahrungen aus Veranstaltungen reflektiert. Bei der Erstellung des Lesematerials haben wir auch eine Ausarbeitung von Cornelia Hildebrandt, stellvertretende Direktorin des Instituts für Gesellschaftsanalyse, berücksichtigt.*

### **I.**

#### **ALTE NEUE PROBLEME**

Nimmt man die Wirkungsfähigkeit der Linken in den Hauptländern der EU zum Maßstab, hat Syriza eine einzigartige und gigantische Leistung vollbracht. Erstmals hat eine linke Regierung versucht, offen und in einem Kernbereich der Politik Widerstand gegen die herrschenden ökonomischen und politischen Kräfte zu leisten. Die Tsipras-Regierung ging als Repräsentant eines Staates in diesen Konflikt. Das hat bisher keine der Regierungsbeteiligungsprojekte sog. radikaler Linker im Rahmen bürgerlicher Herrschaft getan. Die Regierung versuchte dabei sich immer des Rückhaltes in der WählerInnenschaft zu versichern und ging dabei mit eigenem Unvermögen und Scheitern offen um. Auch das ist neu. Syriza ist zweifelsfrei gescheitert, dieses Scheitern ist aber das Produktivste, was es seit langer Zeit im linken Feld gegeben hat. Das Produktive des Scheiterns zeigt sich wenigstens in folgenden Punkten: Erstens, diese Offenheit hat der Akzeptanz des widerständigen Kurses keinen Abbruch getan. Zweitens, die Organisationsfrage steht mit völlig neuer Brisanz. Drittens, die Unfähigkeit der internationalen linken Bewegungen, den heutigen Bedingungen entsprechende Formen der Solidarität zu entwickeln, ist deutlich zutage getreten. Es bietet sich allen Parteien und Bewegungen der Linken in der EU die Möglichkeit, jenseits der Bewertungen der Stärken, Schwächen und Fehler der Tsipras-Regierung das eigene Handeln kritisch zu hinterfragen.

Die Lehren aus dem Verlauf des vergangenen dreiviertel Jahres sollten also nicht auf den Fakt, dass die Regierung Tsipras sich letztlich dem Druck der EU beugen musste, reduziert werden. Entscheidend sind die Gründe, die in dieses Scheitern geführt haben.

Syriza hat vor und nach der Wahl jene Faktoren genannt, auf die sich ihre Hoffnung auf einen Erfolg stützte:

- 1. die Mitglieder, die Wählerinnen und Wähler, die Sympathisantinnen und Sympathisanten der Partei engagieren sich gemeinsam mit der linken Regierung für positive Veränderungen im gesellschaftlichen Leben,*
- 2. die Linken in der Europäischen Union, insbesondere in den Kernländern, (deren Banken zulasten der griechischen Bevölkerungsmehrheit gerettet wurden,) begreifen die Solidarität mit Syriza und ihrer Regierung als ihre große Herausforderung und nehmen sie an,*
- 3. ermutigt durch Griechenland und nicht zuletzt unter dem politischen Einfluss der Linken in den anderen „Euro-Krisen-Ländern“ artikulieren die Repräsentanten dieser Länder Unwillen mit dem „Euro-Krisen-Management“ und fordern eine Lockerung von Restriktionen für problemmildernde und -lösende Politiken,*
- 4. auf dieser Grundlage verhandelt die griechische Regierung offensiv und couragiert mit den Gläubigern, werden diese im Interesse des Fortbestands der WWU in ihrer Ganzheit bereit sein, einen Kompromiss bzw. Konsens zugunsten des kleinen EU-Mitglieds Griechenlands zu suchen bzw. zu zustimmen.*

Diese Bedingungen beschrieben zutreffend die Erfolgsbedingungen eines linken Regierungsprojektes. Sie beschrieben aber nicht die Realität der linken Bewegungen, vielmehr wären sie als ein „Arbeitsprogramm“ zu verstehen gewesen, dem sich die EU-Linke hätte anschließen müssen. Sie waren von einer Hoffnung getrieben, die sich als unrealistisch erwies.

Das negiert nicht die generelle Gültigkeit dieser Bedingungen, wenn man die EU als das versteht, was sie inzwischen ist, ein Protostaat. Mehr noch – die EU ist nicht einfach ein Bündnis der Kapitaleliten, sondern wird von einem großen Teil der Menschen hier gelebt, indem die neuen Möglichkeiten des Austausches,

der Wanderung usw. Alltag geworden sind.<sup>1</sup>

Ob und inwieweit der Bedingung 1 erfüllt wurde, liegt in der Bewertung der griechischen linken Bewegungen selbst. Dies einzuschätzen, ist aus hiesiger Sicht kaum möglich, wir kennen nur die Einschätzung der verschiedenen Strömungen, die jeweils eigene Interessen haben. Von außen betrachtet war die politische Aktivierung in Griechenland weitgehend gelungen. Auf die Niederlage reagierten die verschiedenen Strömungen gleichermaßen mit einem bemerkenswerten Maß an Ehrlichkeit und Selbstkritik – wie immer man Positionen und Handeln im Einzelnen beurteilen mag. In seiner Rücktrittsrede zog Tsipras diese Bilanz: „Wir haben dennoch nicht das erreicht, was wir uns vorgenommen und vor den Wahlen versprochen hatten. Wir hatten aber auch nicht gewusst, mit was für einem Gegner es wir zu tun bekommen würden. Mit diesen seinen Reaktionen hatten wir nicht gerechnet. Wir haben unter Erpressungs- und Ultimatendruck verhandeln müssen. Der Gegner war bereit, das Land zu zerstören. Unter diesen Waterboarding-Bedingungen haben wir für das griechische Volk herausgeholt, was wir nach Aufgebot aller unserer Kräfte herausholen konnten<sup>2</sup>. Mein Mandat vom 25.1. hat hiermit seine Grenzen erschöpft. Ihr, das herrschende Volk entscheidet nun, ob wir richtig gehandelt haben. Ich werde ein erneutes Mandat vom griechischen Volk erbitten, um – erfahrener und reifer – alle möglichen Facetten des neuen Programms entfalten zu können.“<sup>3</sup>

Inwieweit die Entscheidung, wieder anzutreten und eine Regierung zu bilden richtig oder falsch ist, soll hier nicht erörtert werden – das wird ohnehin erst die Praxis zeigen. Offen bleibt auch die Frage, was passiert wäre, wenn Syriza nicht wieder angetreten wäre oder wenn Tsipras den Auftrag zur Regierungsbildung zurückgegeben hätte. Ob sich dann die Bedingungen für emanzipatorische Bewegungen verbessert hätten ist wenigstens fraglich. Wir wissen es einfach nicht. In welcher Weise aus dem Scheitern des Widerstandes und der Bestätigung Tsipras in seinem Amt (wie auch dem Abschneiden seiner linken Kontrahenten) allgemeine Schlussfolgerungen zu ziehen sind, soll zumindest ansatzweise am Ende dieses Papiers diskutiert werden.

Die übrigen drei Erfolgsvoraussetzungen waren in erster Linie ein Appell an die Linken in den Mitgliedsländern der EU. Syriza forderte einen alten Wert der Linken ein – die Solidarität in der Tat. Dieser Verantwortung sind die linken Parteien und Bewegungen, das dürfte kaum jemand leugnen, nicht gerecht geworden. Die Unmenge von Erklärungen größerer und kleinerer Gruppen täuscht nicht darüber hinweg, dass die Entwicklung einer Solidaritätsbewegung, die größere Teile der Bevölkerung hätte erfassen können, nicht auf der Tagesordnung der EU-Linken stand. Und nur derartige massenhafte Aktionen in Ländern wie Deutschland und Frankreich hätte die EU und die Regierungen ihrer Mitgliedsländer zu einem anderen Verhalten zwingen können. Die Linken in Deutschland und in Frankreich und in der EU insgesamt haben die griechische Regierung und Syriza eher beobachtet als aktiv unterstützt, was keineswegs die großen solidarischen Bemühungen und Aktivitäten einer kleinen Minderheit abtut. Die Linken haben insgesamt weder gerechte Schuldenstreichungen, die Zahlung von deutschen Reparationen zur zumindest teilweisen Kompensation im Zweiten Weltkrieg verübter Verbrechen und Verwüstungen und/oder den Transfer von Gewinnen aus der „Griechenland-Krise“ zum Gegenstand von wirksamen Kampagnen gemacht; noch haben sie die Vorhaben und Maßnahmen zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung, gegen Privatisierung des Öffentlichen, zur Verteidigung und Hebung demokratischer und sozialer Standards, für Steuergerechtigkeit und gegen Korruption politikwirksam begrüßt und Analoges in ihren Ländern gefordert; Aktionen, um die eigenen Staatsrepräsentantinnen und -repräsentanten zur Aufgabe ihrer Syriza- bzw. Griechenland-feindlichen Verhandlungspositionen zu drängen, fanden nur vereinzelt und meist mit geringer Teilnahme statt. Die politische Stimmung in den anderen „Euro-Krisen-Ländern“ hat keine wahrnehmbare Veränderung erfahren.

Betrachtet man die Situation im Spätsommer 2015 so haben sich die Bedingungen kaum verbessert. Der „Konsens zum Erhalt der Eurozone“ hat eine offensichtlich von vielen unerwartete Form angenommen und

---

<sup>1</sup> In Deutschland zeigten die Proteste gegen die Hartz-Gesetze, dass Menschen mobilisierbar sind und durchaus das politische System in Bewegung bringen können. Bevor diese Proteste mit den „Montagsdemos“ aus dem nichtorganisierten Raum massenhaften Charakter annahmen, war man auch in den linken Parteien und Bewegungen der Auffassung, das soziale Sicherungssysteme kein „Gewinnerthema“ sind ...

<sup>2</sup> Die neue Vereinbarung habe die Privatisierung der DEI (Stromgesellschaft) und der Stromtransportgesellschaft abwenden können. Sie erlaube die Wiederherstellung des Arbeitsrechts, das Ende der Massenentlassungen im öffentlichen Dienst und im privaten Sektor, die Abschaffung des Eintrittspreises zu Krankenhäusern, die Wiedereinstellungen von Entlassenen, die Neueinstellung eines Minimums an Klinikpersonal von 4.500 Menschen. Sie enthalte geringere Primärüberschüsse mit der Folge, dass Austeritätsmaßnahmen um 20 Milliarden geringer ausfielen. Zum ersten Male wäre der Prozess für eine Schuldenumstrukturierung angestoßen.

<sup>3</sup> <http://www.primeminister.gov.gr/english/2015/08/21/prime-minister-alexis-tsipras-state-address/>

die Kräfte in der EU gestärkt, die einen harten antisozialen Kurs befürworten. Diese fühlen sich durch das Scheitern Tsipras' bestätigt und schlachten diesen Triumph auch medial aus. Die Arroganz und Häme gegenüber Tsipras und den Problemen des gebeutelten Landes sagt viel über die JournalistInnenzunft. Der Widerstand gegen die Privatisierungs- und Kürzungsaufgaben wird als jugendliche Rüpelei diskreditiert, der nun doch endlich die Vernunft weichen müsse.<sup>4</sup>

Damit ist eine **erste Bedingung** benannt, die die anstehenden politischen Auseinandersetzungen in neuer Weise beeinflussen wird: die völlige Handlungsunfähigkeit der Linken im Rahmen der EU ist sichtbar geworden. In keinem Punkt waren sie in der Lage, das Handeln ihrer Regierungen in nennenswertem Maße zu beeinflussen. Zu keinem Zeitpunkt mussten die Regierungen befürchten, dass die Versuche der griechischen Regierung, gegen Privatisierungen und Einschränkungen sozialer Rechte Widerstand zu leisten, massenhafte Resonanz in anderen Ländern finden würde. Das ist kein Wunder, wurden doch diese Privatisierungen und Abbaumaßnahmen schon in den vergangenen Jahren hier durchgesetzt. Selbst in dieser Phase gab es praktisch keine gemeinsamen Aktionen. Man muss sich darüber klar sein, dass diese Unfähigkeit nun offenliegt und sich die Eliten der EU darauf einstellen werden.

Gerade in dem Bereich der Privatisierung und des Anbaus von sozialen Rechten liegen aber wesentlich „gemeinsame Interessen“, von denen Syriza 2014 ausging. Betrachtet man sich die Liste der Privatisierungsaufgaben, so ist sie weitgehend identisch mit den Privatisierungsprozessen, die in den letzten Jahren in Deutschland und anderen Ländern abgelaufen ist und die immer noch anhalten. Die Privatisierungsgewinner sind schon bekannt – auch hier spielen z.B. deutsche Unternehmen voraussichtlich eine wichtige Rolle. Diese tatsächlich gemeinsamen Probleme und Interessen wurden aber nie Ausgangspunkt gemeinsamer Aktion, die in ihrer Dimension die griechische Position hätte stärken können. Das ist die eigentliche Katastrophe. Syriza mag gescheitert sein – die EU-Linke hat komplett versagt.

**Zweitens** hat die Niederlage Syrizas neue Spaltungen in der griechischen und in der ohnehin fragmentierten EU-Linken ausgelöst. Was die EU-Linken betrifft, macht sich dies bezeichnenderweise nicht an der Analyse des eigenen Versagens bei der Organisation gemeinsamer Aktionen fest, sondern an Unterschieden in der Interpretation des Geschehens und der Formulierung strategischer Ziele. Abgesehen von Ratschlägen und Forderungen gegenüber Syriza, die angesichts eigenen Verhaltens wenigstens unredlich sind, wird nun eine Polemik untereinander entfacht, die bestenfalls als Stellvertreter-Angelegenheit verstanden werden kann. Die Linken reagieren wie so oft in ihrer Geschichte - Schuldige müssen her und man muss sich spalten, um die Reinheit der jeweils eigenen Lehre zu wahren. Es steht natürlich allen Menschen, auch Linken, frei, sich zu organisieren, wie und mit wem sie es für zweckmäßig halten – nur ist es eben sehr fraglich, inwieweit es hilfreich ist, Trennungen mit Anwürfen und Verratsbezeichnungen nur an „die anderen“ zu verbinden. Aber auch hier steht es uns nicht an, die griechischen Entwicklungen abschließend zu bewerten. Was unsere Geschichte betrifft, so ließe sich vielleicht sagen, dass wir uns in einem „1918-Moment“ befinden: In Russland siegten die Bolschewiki, völlig gegen die Vorstellungen des alten Marxismus, und erwarteten Aufstand und Sieg der Arbeiter im Westen und vor allem in Deutschland, um die Revolution vollenden zu können. Das war nicht einfach nur eine Fehleinschätzung der Lage – die westeuropäischen radikalen Linken erwiesen sich in vielfältigen Formen unfähig, die Massen im Westen zu gewinnen. Die kleinen Gruppen der Ultrarevolutionäre bestärkten die Bolschewiki in dieser Fehleinschätzung und legten so mit die Wurzeln für die Stalinisierung der kommunistischen Bewegung, wie auch die Bolschewiki mit der Liquidierung der verfassungsgebenden Versammlung und anderer linker nichtbolschewistischer Strömungen die westeuropäische Linke über die eigenen Potentiale täuschte. In den folgenden Jahren prügeln die, die 1918/19 unfähig zum erfolgreichen Handeln waren, auf die Bolschewiki ein, weil sie die Revolution nicht exportierten und mit den nun entstandenen völlig unerwarteten Verhältnissen leben mussten. Immerhin sahen die 1920er Jahre mit der Bewegung „Hände weg von Sowjetrußland“ und den Aktivitäten der Internationalen Arbeiterhilfe (IAH) unter Willi Münzenberg eine breite tätige Solidarität, die über das Verfassen von Erklärungen hinausging.

**Drittens** beobachten wir eine anhaltende Selbsttäuschung über die eigenen Spielräume. Die von Syrizas formulierten Bedingungen 2 bis 4 waren vor allem Hoffnung und durch die Erfahrungen der letzten Jahre nicht praktisch gedeckt. Jetzt, nach dem Desaster, unterstellen viele der Konzepte, die nun in den anderen

---

<sup>4</sup> Eine Übersicht über die Medienresonanz findet sich z.B. hier:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/griechenland-zweite-chance-fuer-alexis-tsipras-das-sagen-die-medien-a-1053927.html> Die jüngste Ausgabe der Zeitschrift RosaLux widmet sich ebenfalls diesem Thema.

<http://www.rosalux.de/publication/41736/wahrheit-gesucht.html>

westlichen Ländern unter dem Label „Plan B“ entwickelt werden, omnipotente Handlungsfähigkeit – etwa wenn von der Zerschlagung der Eurozone und der EU wie sie ist etc. gesprochen wird. In Griechenland selbst war ja die Forderung aufgemacht worden, die Auflagen der EU einfach abzulehnen, die Verträge zu zerreißen. Diese Forderungen werden erhoben, ohne sich ein realistisches Bild der Kräfteverhältnisse zu machen, teilweise werden solche Analysen rundweg als rückwärtsgewandt abgelehnt. Die Führung des Syriza-Jugendverbandes rief in der Erklärung zu ihrem Rücktritt eine europäische Arbeiterklasse an, die eine internationalistische Strategie entfalten sollte; die Jugend, die arbeitenden Klassen, Frauen, Immigranten und Flüchtlinge sowie die LGBTQI community seien die potentielle „Hefe“ einer wahrhaft revolutionären gesellschaftlichen Mehrheit.<sup>5</sup> Das mag alles sein, nur sind sie erst einmal eben nur „potenzielle Hefe“, der Möglichkeit nach revolutionäre gesellschaftliche Mehrheit. Die angerufene europäische Arbeiterklasse mag der Sache nach existieren – sichtbar und handelnd ist sie als solche nicht – und sie wird sich als handlungsfähige Kraft nur selbst schaffen können. Das gleiche gilt für die anderen genannten Gruppierungen. Der scheinbar radikale Ansatz verschleiert das Problem: In den EU-Ländern trauen vielleicht 10 Prozent der Bevölkerung Linken (die Sozialdemokratie ist hier nicht als linke Kraft verstanden) zu, irgendwie aus einer Machtposition heraus Gesellschaft verändern zu können. In einigen Ländern ist die Linke als Bewegung praktisch völlig an den Rand gedrängt. Dieser Unglaube an die Linke resultiert nicht aus Dummheit oder Verdummung, sondern hat im Jahre 2015 durchaus historisch nachvollziehbare Gründe. Vor diesem Hintergrund sind Forderungen nach der Zerschlagung der EU usw. erst einmal keine Strategien, sondern mögliche Szenarien, deren Konsequenzen für die Handlungsfähigkeit emanzipatorischer Tendenzen (und das wäre das entscheidende Kriterium, nicht das Selbstbild der einen oder anderen Strömung) ernsthaft zu diskutieren wären; als Tagesforderungen sind sie schon angesichts der realen Mobilisierungs(un)fähigkeit lächerlich und eher Ausweis der Schwäche.

**Viertens**, und dies ist gerade für ein Land wie Griechenland ein besonderes Problem, ist mit einer weiteren Verschärfung der Flüchtlingskrise zu rechnen. Das ist nicht nur eine ökonomische Last, sondern wird angesichts der haushaltspolitischen Vorgaben auch zu einem unlösbaren politischen Problem. Es ist nicht abzusehen, dass sich die EU-Mitgliedsstaaten auf eine von humanen Maßstäben bestimmte Lösung der Krise einlassen werden – das Gefeißche um Aufnahmequoten, Durchreise und Verbleib der Flüchtlinge wird, wenn vielleicht nicht in dieser offenen Form, so doch weiter anhalten – und das bedeutet, dass die Lage der immer wieder neu in Griechenland strandenden Menschen anhaltend dramatisch bleibt. Zudem an der EU-Außengrenze gelegen wird das Land über kurz oder lang gezwungen werden, den ja schon seit langem von der EU praktizierten Weg der gewaltsamen Unterbindung von Flüchtlingsströmen – sei es offene Gewalt oder Gewalt durch die Kategorisierung als „echte“ oder „Wirtschafts-“, Flüchtlinge - konsequenter zu exekutieren. Berücksichtigt man, dass in Ländern wie Deutschland die Fluchtbewegungen zum Katalysator des Entstehens von rechtsextremen Massenbewegungen werden, dass dort rassistische und nationalistische Tendenzen immer stärker in die „hohe Politik“ einsickern (erinnert sei an die jüngsten Äußerungen von Seehofer und Stoiber)<sup>6</sup> und dass einige osteuropäische Länder Flüchtlinge aus der Ukraine schon in recht großer Zahl (bezogen auf die Bevölkerung) aufgenommen haben, so erweist sich auch die Flüchtlingspolitik als ein Feld, auf dem von Links offensichtlich grundsätzliche neue Wege beschritten werden müssen.

Tsipras' Forderung, in der EU bei der zu regelnden Flüchtlingsaufnahme die Wirtschaftskraft und Bevölkerungszahl zugrunde zu legen, weist in eine neue Richtung. Lässt die Europäische Linke hier wiederum eine kleine Minderheit von ihr alleine kämpfen, wachsen die Gefahren für das Leben von Menschen. Es droht eine weitere Militarisierung der Innenpolitik und der Nachbarschaftspolitik bei ihrer möglicherweise auch zunehmenden Akzeptanz in der Bevölkerung. Beides würde in der Konsequenz die Spielräume egal welcher linken Bewegung bzw. Regierung gravierend und nachhaltig einengen.

Vor diesem Hintergrund ist die Zielstellung von Syriza in der neuen Legislaturperiode anspruchsvoll. Zusammengefasst heißt es: Unser Dilemma sind die politischen Kräfteverhältnisse in Europa. Aber wir müssen kämpfen und den Prozess weitertreiben, der mit dem 25. Januar<sup>7</sup> begonnen hat. Das ist riskant. Da sind die Risiken der Parteimutation unter dem Druck eines abzulehnenden Kontextes, aber auch der Zwänge des neuen Memorandums, der Erosion der Partei und ihrer Entfernung von den arbeitenden und Volks-

---

<sup>5</sup> vgl. <https://www.jacobinmag.com/2015/09/tsipras-greece-snap-elections-syriza-youth/>

<sup>6</sup> vgl. <http://www.n-tv.de/politik/Stoiber-staenkert-gegen-Merkel-article15975871.html>

<sup>7</sup> siehe die Maßnahmen zur Bekämpfung der humanitären Krise und zur sozialen Integration [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/Dossier\\_ThisIsACoup/ThisIsACoup.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/Dossier_ThisIsACoup/ThisIsACoup.pdf), 24-25

schichten, die sie vertreten will, ihrer Konversion zu einem lediglich milderen Manager des Memorandum-Neoliberalismus. Das ist eine reale Gefahr und wir müssen sorgfältig unsere politische Rolle zu spielen in den Regierungspositionen, im Kampf der griechischen Menschen bedenken, um die Machtpositionen in unserem Land und im Ausland zu verändern. Wir wollen mit den nächsten vier Jahren mit dem Neoliberalismus und der Austerität brechen. Der Staat ist ein Kampffeld, deshalb ist die Regierungsmacht wichtig. Wir wollen uns als radikal Linke beweisen<sup>8</sup>.

## ZUM ERGEBNIS DER WAHLEN

„Mit dem Wahlergebnis haben uns die Wahlberechtigten eine Lektion erteilt und die müssen wir erst noch voll erfassen und verarbeiten“, war aus Syriza zu hören und das betrifft insbesondere vier Probleme: die geringe Wahlbeteiligung (56,6%), den relativen Wahlerfolg bei absolutem Stimmenverlust für die eigene Partei, eine Tendenz zur stärkeren Verknüpfung zwischen sozialer Lage und Wahlentscheidung, das Scheitern von Laiki Enotia.

Partei	September 2015			Januar 2015		
	Prozent	Stimmen	Sitze	Prozent	Stimmen	Sitze
Synaspismos Rizospastikis Aristeras-Syriza	35,46 %	1.925.904	145	36,34 %	2.245.978	149
Nea Dimokratia	28,10 %	1.526.205	75	27,81 %	1.718.694	76
Laikos Syndesmos - Chrysi Aygi	6,99 %	379.581	18	6,28 %	388.387	17
Dimokratiki Symparataxi (Pa.So.K. - Dim.Ar.)	6,28 %	341.390	17			
K.K.E. - Kommounistiko Komma Elladas	5,55 %	301.632	15	5,47 %	338.188	15
To Potami	4,09 %	222.166	11	6,05 %	373.924	17
Anexartitoi Ellines - Ethniki Patriotiki Symmachia	3,69 %	200.423	10	4,75 %	293.683	13
Enosi Kentroon	3,43 %	186.457	9	1,79 %	110.923	
Laiki Enotita	2,86 %	155.242				

Quelle: Griechisches Innenministerium <http://tinyurl.com/kjz2qzv>

In Griechenland geht man im Allgemeinen gemeinsam mit Anderen aus der Nachbarschaft wählen und berät sich zur Wahlentscheidung. Es haben sich also Gruppen verabredet, nicht wählen zu gehen. Das waren vielfach jene, die enttäuscht schlussfolgerten: Egal, wen man wählt, es kommt ein aufgezwungenes Memorandum heraus. Warum jetzt wählen, wenn die „Vereinbarung“ vom 13.07.2015 schon Tatsache ist? Trotz Enttäuschung und teilweise Wut auf Syriza wollten Viele nun aber auch nicht mit ihrer Stimme für eine andere Partei gegen Syriza wählen. Kollektiv Syriza wählen gegangen ist, wer meint: Tsipras und Co. haben ehrlich gekämpft, die Verhandlungen erstmalig transparent gemacht; es ist nicht egal, wer am Steuer steht, auch wenn die Handlungsmöglichkeiten gering sind und das Wahlversprechen wesentlich gebrochen ist: wir wollen die alten korrupten Parteien nicht wieder regieren lassen; ob und wie Handlungsmöglichkeiten genutzt werden, ist immer abhängig von den Regierenden!

Im Wahlkampf gelang es Syriza zu zeigen, dass es einen Unterschied gibt, zwischen einer „neoliberalen Regierung, die für Memoranden votiert, weil sie an diese glaubt und einer linken Regierung, die etwas tut, weil sie erpresst wird“<sup>9</sup> und selbst in der unausweichlichen Niederlage noch kämpft.

Seit dem Referendum vom 05.07.2015 zeigt sich, dass insbesondere sozial Ausgegrenzte mit ihren Nachbarn an die Wahlurne getreten sind, die vielfach vorher gar nicht gewählt haben. Die Härten des neuen Memorandums haben sie allerdings noch nicht mit ihrer brutalen Wucht getroffen. Regional ungleich verteilt ist ein tendenzielles Mitte-Unten-Bündnis auszumachen. Wer von der Wahlentscheidungen her dazu gehört, sieht sich nicht durch die Volksfront Laiki Enotia vertreten, selbst wenn sie oder er nicht prinzipiell gegen ein Ausscheiden aus der Eurozone ist. Laiki Enotia konnte sie (bisher?) nicht überzeugen.

Die Zahl jener, die in Griechenland bei der Wahl für einen Austritt aus dem Euro eintreten, ist zwar folge-

<sup>8</sup> Syriza, Introduction to the Governmental Program, September 2015, [http://transform-network.net/uploads/tx\\_news/SYRIZA\\_programmatic\\_framework\\_EN\\_translation.pdf](http://transform-network.net/uploads/tx_news/SYRIZA_programmatic_framework_EN_translation.pdf)

<sup>9</sup> [http://transform-network.net/uploads/tx\\_news/SYRIZA\\_programmatic\\_framework\\_EN\\_translation.pdf](http://transform-network.net/uploads/tx_news/SYRIZA_programmatic_framework_EN_translation.pdf)

richtig mit der Zahl der WählerInnen der neugegründeten Volksfront Laiki Enotita gewachsen, bleibt aber eine Minderheit. Sie liegt bei den Parlamentsparteien bei 12,5 Prozent und unter Berücksichtigung auch jener Parteien, die nicht in das Parlament eingezogen sind, bei 16,4 Prozent. Im Unterschied hierzu wählen über 81 Prozent Parteien, die zwar völlig unterschiedliche, und darüber hinaus auch kontroverse Positionen gegenüber der EU und ihren Institutionen vertreten, aber dennoch derzeit für einen Verbleib im Euroraum stehen. Im Widerspruch zu den Zahlen ist in der Bevölkerung der Anteil jener, die ein Ausscheiden aus dem Eurosystem nicht (mehr) prinzipiell ablehnen, gewachsen. Dennoch ist die Annahme von Laiki Enotita, die Nein-Stimmen beim Referendum wären mehrheitlich de facto Ja-Stimmen für ein Ausscheiden aus dem Eurosystem, in keiner Weise belegt. „Das Dilemma, das uns aufgezwungen wurde, war nicht Memorandum oder Drachme, sondern Memorandum entweder mit dem Euro oder der Drachme (Schäubles Vorschlag) oder ungeordneter Bankrott.

So hatten wir beim asymmetrischen politischen Kampf zu wählen zwischen taktischem Rückzug oder der Bürde der Linken, aus dem Land eine soziale Wüste zu machen. Wir haben unseren Teil Verantwortung aufgebracht und uns für das erste entschieden. Deshalb fragen wir nun das griechische Volk nach seinem Urteil,<sup>10</sup> heißt es in einem Syriza-Dokument für die Wahlen. Dessen Urteil lässt die Syriza-Aktiven dennoch insgesamt nicht jubeln („Uns bleibt nichts erspart, nicht einmal ein Wahlsieg“, wurde selbstironisch geäußert). Sie belastet die Parteispaltung und die Gefahr, dass ihre Partei an linker Radikalität verlieren könnte. Sie hätten vielfach Laiki Enotia „nicht ungern“ im Parlament gesehen.

Einen großen Teil des eigenen Wahlerfolgs führt man auf den transparenten Umgang mit den Gläubiger-Verhandlungen zurück. Nicht „nur“, dass dabei eigenes Kämpfen deutlich wurde, sondern dass teilweise das politische Interesse, auch und insbesondere unter den sozial Ausgegrenzten wuchs. „Nun nur nicht enttäuschen“ und „wie hier produktiv weiterarbeiten“, sagen und fragen viele Syriza-Mitglieder und sehen die Herausforderungen für ihre Partei wachsen. Da schmerzen der Weggang der einen und die „innere Immigration“ aus Wut/Protest/Verzweiflung über nicht-mitreden-gekonnt-haben der anderen noch mehr. „Wir müssen mehr mitreden können. So kann es nicht weitergehen“, ist die allgemeine Meinung.

Die Zahl der Parteien im Parlament ist nunmehr auf acht Parteien angestiegen. Dies war bereits 2009 der Fall. Wie stabil die parlamentarischen Mehrheitsverhältnisse sein werden, ist offen – erst recht, wenn es um die Bewertung der weiteren Verhandlungen zum neuen Memorandum, das Syriza nie wollte, geht. Die ersten Kommentare der Bundesdeutschen Regierung nach der Wahl verweisen auf die ungebrochene Fortsetzung der politischen Position, wonach für „Krisenländer“, die gegen Auflagen „Finanzhilfen“ erhalten, demokratische Wahlen von nachrangiger Bedeutung seien. Die deutsche Regierung verweist auf den immer wieder gleichlautenden Satz: „pakta sunt servanda“ – Verträge müssen eingehalten werden. Und wie die aussehen, hat man selber bestimmt und will das auch weiterhin bestimmen. Aber auch das findet sich in den Mainstream-Kommentaren wieder: die politische Stabilität sei in Griechenland ohne die Regierung Tsipras nicht zu haben und außerdem gab es ja auch in Ostdeutschland haushaltspolitische Erfolge und „notwendige Sparreformen“ mit „Rot-Rot“...

## II. INFORMATIONEN UND REFLEKTIONEN

Warum also gelang/gelingt es nicht, politikwirksam Solidarität mit der Regierung Tsipras und Syriza bzw. mit ihren Wählerinnen und Wählern, Sympathisantinnen und Sympathisanten, mit jenen, die linker Politik am meisten bedürfen, zu organisieren? Uns scheint etwas sehr Wesentliches in der linken Kultur zu fehlen: a) das Interesse und die Fähigkeit, zu erkennen, wann ein Problem für die Veränderung gesellschaftspolitischer Kräfteverhältnisse in der EU und über sie hinaus relevant ist und welche Konsequenzen das für das eigene politische Handeln hat; b) die Bereitschaft und das Vermögen, die eigenen politischen Handlungsmöglichkeiten zu testen und auszunutzen. Diese Handlungsmöglichkeiten beginnen mit solidarisch-sein. Fähigkeiten und Vermögen werden nicht erst zuletzt in kritischer Selbstreflexion erworben und vervollkommen. Die zentrale Idee ist, dass aktive Solidarität und die Fähigkeit, politökonomisch zu analysieren, dialektisch zu denken und zu handeln das A + O für Gewinn an Politikwirksamkeit sind. Die miteinander verbundenen Thesen sind, dass mit der „Vereinbarung“ vom 13. Juli 2015, bei der Alexis Tsipras gerade einmal eine Katastrophenbegrenzung erreichen konnte, die Kursnahme auf eine Wirtschafts- und Währungsunion (WWU) für „Globalisierungsgewinne“ bei TTIP, TISA, komplettem Freihandel und „Investitionsschutz“ nachhaltig verschärft wurde; dass für die Veränderung dieser Kursnahme die offensive linke Auseinandersetzung sowohl mit der „Vereinbarung“ als auch mit dem „Fünf-Präsidenten-Bericht“ relevant ist; dass erfolgreiche Abwehrkämpfe wie der Einstieg in eine problemlösende Entwicklung über die aktive So-

---

<sup>10</sup> [http://transform-network.net/uploads/tx\\_news/SYRIZA\\_programmatic\\_framework\\_EN\\_translation.pdf](http://transform-network.net/uploads/tx_news/SYRIZA_programmatic_framework_EN_translation.pdf)

lidarität mit den „Krisenopfern“ und den Linken in Griechenland führen; dass dabei der Kampf der griechischen Linken zu „europäisieren“ und ein innovatives Herangehen an linke Politik in ihren verschiedenen Formen zu entwickeln wäre. Dafür liefert Syriza „Einführung zum Regierungsprogramm“ vom September 2015 Wertvolles.

## **KLEINER EXKURS ZU GROßEN AUSWIRKUNGEN**

Wenn man sich die Gründer der EU bzw. ihrer Vorstufen genauer ansieht, erkennt man, dass die EU nie ein wirkliches Friedensprojekt war. Unter den Gründern sind Staaten, die beim Beginn ihres Projekts blutige Kolonialkriege führten und keineswegs friedlich gen UdSSR und Partner blickten. Es ging um den Frieden in und für Westeuropa, was allerdings keineswegs wenig war. Es ging um wirtschaftliche Vorteile vor allem für die in den Mitgliedsländern Herrschenden. Aber mit deren neuer Kooperation entstanden auch attraktive Möglichkeiten für die Bürgerinnen und Bürger, einander näher zu kommen. Es bildeten sich neue Herausforderungen und Chancen für die Linken, gemeinsam politische Handlungsfähigkeit zu entwickeln, heraus. Die Linken haben es jedoch nicht vermocht, die gesellschaftlichen Auseinandersetzungen der 60iger Jahre und die vielfältigen Krisen der 70iger emanzipativ-solidarisch wirksam zu beantworten. Mit der Annahme der Einheitlichen Europäischen Akte von 1986, der Direktive zur Verwirklichung des freien Kapitalverkehrs von 1988 und schließlich des Maastrichter Vertrages von 1992 war es den neoliberalen Kapital-eliten gelungen, die gesellschaftspolitischen Kräfteverhältnisse nachhaltig zu ihren Gunsten zu verschieben. Ihnen geht es um Profitmaximierung bei gleichzeitigem Gewinn an globaler Konkurrenzstärke und an Handlungsfähigkeit, um Sicherheit und Stabilität im eigenen Interesse zu organisieren. Dafür entscheidende Wege sind wirtschaftliche Liberalisierung/Deregulierung/Freihandel, Privatisierung, Finanzialisierung, Überwachung/Repressionen und Militarisierung. Die sogenannten Maastricht-Regeln, deren Erfüllung die Teilnahme an der WWU erlauben sollten, stehen in diesem Kontext: Sie sollen einen permanenten Druck auf die Haushaltsausgaben, die mit demokratischen, sozialen und ökologischen Standards verknüpft sind, und zur Privatisierung bewirken, die Verwertungsbedingungen für transnationale Konzerne (TNC) verbessern bzw. stabil günstig gestalten. TNC drängen nach Freihandel, Eigentums- bzw. Investitionsschutz. An TNC-Interessen orientierte Wirtschaftspolitik, Maastricht-Regeln und Freihandels-/Eigentumsschutz-Politik hängen nicht nur zusammen, sondern sind Stützpfiler einer Politik, die auf „Globalisierungsgewinne“ zielt. Das Kapital der TNC ist Finanzkapital, dessen Haupteigentümer und Hauptakteure gehören zu den Kapitaloligarchien<sup>11</sup>, die wiederum die Hauptakteure neoliberaler Globalisierung sind.

---

### **Maastricht-Regeln**

- **Preisniveaustabilität:** die Inflationsrate darf maximal 1,5 Prozentpunkte über jener der drei preisstabilsten Mitgliedsländer liegen
- **Haushaltsstabilität:** das jährliche Haushaltsdefizit darf 3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts nicht überschreiten; der staatliche Schuldenstand muss unter 60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts liegen bzw. stark rückläufig sein
- **Wechselkursstabilität:** mindestens zwei Jahre lang darf im Rahmen des EU-Wechselkursmechanismus keine Währungsabwertung stattgefunden haben
- **Zinsstabilität:** der langfristige Nominalzinssatz darf jenen der drei zinssatzstabilsten Länder um maximal 2 Prozentpunkte übersteigen.

**Nach dem Beitritt zur WWU entfällt folgerichtig das Kriterium der Wechselkursstabilität. Die anderen bestehen weiter.**

---

Mit dem Amsterdamer Vertrag 1997 wurde verschärfend zur Überwachung der Haushaltspolitik der Länder der Wachstums- und Stabilitäts-Pakt mit dem Recht der Rats, Ländern Direktiven zu erteilen und Sanktionen zu verhängen, eingeführt.

Die Orientierung an den expansiven TNC, die in der EU sehr ungleich verteilt<sup>12</sup> sind, erklärt dann einen wei-

---

<sup>11</sup> Kapitaloligarchien sind gesellschaftliche Gruppen, deren Kern das Finanzkapital bzw. die Symbiose der Kapitaleigentümer, die in der Finanzsphäre und vor allem in der Warenproduktion der Gesellschaft Beschäftigte ausbeuten und so eng kooperieren, dass ihr Kapital gemeinsam verwertet wird, bildet. Zur ihrer Kooperation gehören aber zugleich auch Funktionäre „der Politik“ und so der EU-Politik, „der Verwaltung“ und so „des Staats“ und der EU-Institutionen, „des Militärs“, „der Kultur und Wissenschaft“, „der Medien“, „des Rechts“, „der Beratung und Buchführung“ und selbst „der Zivilgesellschaft“, die für das Funktionieren des Finanzkapitals zentral sind.

<sup>12</sup> Im Kontext mit dem 4. EU-ExpertInnenGespräch an der RLS analysierten wir die Verteilung der 500 größten europäischen Unternehmen: Ca. 420 von ihnen haben ihren Sitz einem EU-Mitgliedsland, genauer: in einem von 17 EU-Ländern. Die meisten entfallen auf Großbritannien, Frankreich und Deutschland. Auch die Nennung von

teren relevanten politischen Schritt: Im März 2000 einigten sich die Spitzen der EU-Mitgliedsländer in Lissabon auf einen Strategierahmen für die nächsten 10 Jahre: Bis zum Jahre 2010 sollte die EU „zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt“ werden<sup>13</sup>. Mit der EU-Osterweiterung entstanden EU-Mitglieder zweiter Klasse: ihnen wurden trotz der dramatischen sozialen, ökologischen und ökonomischen Probleme im Vergleich zu den alten EU-Mitgliedern wesentlich geringere Ansprüche auf Förderung zugestanden. Die mit der Erweiterung verknüpfte Schaffung und Entwicklung von EU-Nachbarschaftspolitik setzten von Beginn an auf Freihandel und mehr „Sicherheit“ in der EU. 2006 aber mussten die Regierenden große Rückstände in der Umsetzung der Lissabon-Strategie eingestehen. Sie beschlossen auch daher die Außenwirtschaftsagenda *Global Europe*. Diese zielt auf die „weitere Liberalisierung des internationalen Handels, um Märkte zu öffnen“, auf denen TNC mit Sitz in einem EU-Mitgliedsland in der globalen Konkurrenz bestehen können und „neue Wachstums- und Entwicklungsmöglichkeiten zu erschließen“. Denn: „Eine kohärente Politik auf dem Gebiet der Außenbeziehungen ist entscheidend für die Stärkung der Rolle Europas in der Welt.“<sup>14</sup> Entsprechend dieser Logik heißt es dann, nach gescheiterter Europäischer Verfassung, im 2009 in Kraft getretenen Lissabonner Vertrag: „Die Tätigkeit der Mitgliedstaaten und der Union ... beruht auf dem Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb.“<sup>15</sup> Damit wird die Wirtschaftspolitik im neoliberalen Sinne festgeschrieben, ungeachtet etwaiger späterer Wahlentscheidungen in den EU-Mitgliedsländern. Analog gilt dann auch noch die Pflicht zur militärischen Rüstung: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern.“<sup>16</sup> Der Lissabonner Vertrag ist also das Ergebnis einer erneuten Forcierung der neoliberalen Weiterentwicklung der Europäischen Union, die vor allem den Interessen der politisch und ökonomisch Stärksten dient. Als er Gesetzeskraft erlangte, war die globale Finanzkrise bereits ausgebrochen, die in die sogenannte „Griechenland-Krise“ mündete. Es waren vor allem Strauß-Kahn und Merkel, die im Interesse ihrer Klientel bzw. der Banken/Finanzinstitutionen, der mächtigen Kapitaleigner bzw. reichen Kunden ihrer Länder die Schuldtitel auf die griechischen Steuerzahlenden schoben. Mit der „Griechenland-Krise“ wurden die Machtpositionen der Herrschenden mit Sitz in Deutschland, Frankreich und in kleineren exportlastigen Euroländern wie den Niederlanden gestärkt. Das schließt Interessenwidersprüche nicht aus, zumal zwischen jenen an der Regierung und den herrschenden Kapitaloligarchien durchaus Unterschiede bestehen können. Und selbstverständlich gibt es Interessenunterschiede zwischen in Deutschland und Frankreich Regierenden wie zwischen den Kapitaleliten mit Sitz in beiden Ländern. Jene, die die Rolle der ordoliberalen Denkschule<sup>17</sup> dabei zu analysieren, lassen meist außer Acht, dass die führenden deutschen Wirtschaftspolitiker nicht vor allem Anhänger des Ordoliberalismus sind, sondern dass dieser ihre Interessen bedient. Mit dem Fiskalpakt, dem Six- und Two Pack wurde unter dem Motto „Stabilisierung und Reform der WWU“ der Lissabon-Vertrag selektiv konsequent angewandt.

Beim 2012 beschlossenen Six-Pack handelt es sich um fünf Verordnungen und eine Richtlinie zur verstärkten haushaltspolitischen Überwachung und Vermeidung übermäßiger „makroökonomischer Ungleichgewichte“. Sanktionen greifen früher und konsequenter als beim Wachstums- und Stabilitäts-Pakt. „Präventiv“ müssen die Mitgliedstaaten jährlich Stabilitäts- bzw. Konvergenzprogramme vorlegen. Diese haben zu zeigen, wie mittelfristig, bei drohenden Folgen der demographischen Alterung, eine „solide Haushaltslage“ erreicht und gesichert werden kann. Diese „Mittelfristziele“ bestehen in einem ausgeglichenen oder nahezu ausgeglichenen Haushalt. Die Kommission prüft, ob die Programme der Länder umgesetzt und die „Mittelfristziele“ erreicht werden. Bei einer erheblichen Abweichung von „solider Haushaltspolitik“ leitet sie ein Verfahren ein: Sie veröffentlicht eine Frühwarnung und gibt eine Empfehlung an den Rat. Der entscheidet über Maßnahmen und Fristen, die das Mitgliedsland korrigierend umzusetzen hat. Die Kommissi-

---

Österreich, Belgien, Finnland, Italien, der Niederlande, von Spanien und Schweden sollte nicht überraschen (<http://peripherization.blog.rosalux.de/files/2014/06/wrapup20.6.2014r.pdf>)

<sup>13</sup> Europäischer Rat (2000): Schlussfolgerungen des Vorsitzes des Europäischen Rates vom 23. und 24. März 2000, Lissabon, Brüssel

<sup>14</sup> Kommission der Europäischen Gemeinschaften (2006): Ein Wettbewerbsfähiges Europa in einer Globalen Welt. Ein Beitrag zur EU-Strategie für Wachstum und Beschäftigung {SEK(2006) 1228} {SEK(2006) 1229} {SEK(2006) 1230} /\* KOM/2006/0567 endg. \*/ Brüssel, 3

<sup>15</sup> Europäische Union (2010): Konsolidierte Fassungen des Vertrags über die Europäische Union und des Vertrags über die Arbeitsweise der Europäischen Union, in: Amtsblatt der Europäischen Union, Mitteilungen und Bekanntmachungen, C83, Brüssel, 83/96

<sup>16</sup> ebenda: C 83/38

<sup>17</sup> So auch Denord Francois, Knaebel Rachel, Rimbart, Pierre (2015): Schäubles Gehäuse, Geschichte und Wirkmacht der ordoliberalen Denkschule, in: *Le Monde diplomatique*, August, 18-19

on überwacht die Realisierung und konzipiert Sanktionen im Falle der Nicht-Umsetzung. Der Rat entscheidet darüber. Bei übermäßigem Defizit (Excessive Deficit Procedure – EDP) bzw. bei Überschreitung der Haushaltsdefizitgrenze von 3 Prozent des BIP oder bei unzureichendem Abbau des über 60 Prozent des BIP hinausgehenden Schuldenstands kommen nach Empfehlungen der Kommission und Entscheidungen des Rates „Korrekturmaßnahmen“ zur Anwendung. Bei ausbleibender Umsetzung greifen Sanktionen schneller. Sie können verschärft werden. Das jährliche Defizit darf nunmehr höchstens 0,5% des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen. Mit dem seit 2013 geltenden Fiskalpakt müssen die einzelnen Staaten Schuldenbremsen einführen und diese bis 2018 in das Landesrecht umsetzen. Werden die Defizitgrenzen überschritten, kann die EU-Kommission automatisch Sanktionen gegen das entsprechende Land verhängen und Geldstrafen bis zu 0,1% der Wirtschaftsleistung festlegen, die in den Europäischen Stabilitätsmechanismus ESM eingezahlt werden. Das Two-Pack verstärkt nochmals die Haushaltsüberwachung der Euro-Länder. Dabei stehen drei einheitliche Haushaltsfristen und der Eingriff in das Budgetrecht der Länder im Mittelpunkt: Bis zum 30. April eines jeden Jahres muss jedes WWU-Mitglied über die mittelfristige Finanzplanung (Stabilitätsprogramm) und seine vorrangigen Wachstums- und Beschäftigungsziele für die folgenden 12 Monate (Reformprogramm) informieren. Bis zum 15. Oktober hat der Haushaltsentwurf für das Folgejahr bei der Kommission vorzuliegen. Sie prüft und weist ggf. zurück, was zur Überarbeitung nötig ist. Bis zum 31. Dezember muss jedes WWU-Mitglied seinen Haushalt für das Folgejahr in seinem Landes-Parlament verabschiedet haben.

---

Diese Direktiven, Restriktionen und Repressionen sollen das „Vertrauen der Finanzmärkte“ wiederherstellen. Hinter den Finanzmärkten verbergen sich allerdings ganz konkrete Akteure, die letztendlich immer mit den TNC, deren Verwertungsbedingungen verbessert werden sollen, zusammenhängen bzw. selber welche sind. Und hinter diesen stehen wiederum Kapitaloligarchien. Deren Mitglieder sorgten seit Ausbruch der Finanz-, Euro- und „Griechenland“-Krise für neue Freihandels- und Investitionsschutz-Abkommen, neue Deregulierungen, Privatisierungen, Finanzialisierungsschübe, für Sozial- und Demokratieabbau, weitere Repressionen, Überwachung und Militarisierung. Sie sorgten für Schritte zur „Vervollkommnung der WWU“, die zwar nicht die entscheidenden Krisenursachen und -verursacher angriffen, aber die politischen Handlungsmöglichkeiten zur Milderung und schrittweisen nachhaltigen Lösung sozialer, ökologischer und ansatzweise globaler Probleme weiter gravierend eingegrenzt und verstellt haben. Die EU war bereits vor Übernahme der Regierung durch Syriza „eine andere“ geworden. Diese wiederum erbte am 25.1.2015 enorme soziale, ökologische und ökonomische Probleme, die durch „mit Schulden begründete“ Memoranden seit 2010 bis Ende 2014 dramatisch gewachsen waren:

- *Eine Million Menschen wurden erwerbslos, das ist eine Steigerung um 190,9 Prozent, 60 Prozent der Jugendlichen sind ohne bezahlte Arbeit; im öffentlichen Sektor konnte eine Arbeitskraft bleiben, wenn zuvor fünf gegangen waren bzw. entlassen wurden,*
- *das gesetzliche Renteneintrittsalter wurde auf 67 Jahre erhöht,*
- *30 Prozent der Unternehmen wurden geschlossen,*
- *die Einkommen sanken um 38 Prozent, um 45 Prozent die Renten, die Löhne um 23,8 Prozent,*
- *das Bruttoinlandsprodukt fiel um 25 Prozent,*
- *die Haushaltseinkommen sind um 30 Prozent geschrumpft,*
- *die Kindersterblichkeit stieg um 42,8 Prozent, 37 Prozent der Schulkinder leiden unter Ernährungsunsicherheit, 27 Prozent kennen sogar Hunger,*
- *die Suizidrate explodierte um 272,7 Prozent, täglich geschahen zwei Selbstmorde,*
- *die öffentlichen Schulden sind um 35,2 Prozent gewachsen,*
- *die Investitionstätigkeit ist um 84,3 Prozent abgestürzt,*
- *die Armutsrate ist um 98,2 Prozent gestiegen, 450.000 Familien sind ohne Erwerbsperson, mehr als drei Millionen Menschen sind ohne Krankenversicherung, mehr als 20.000 EinwohnerInnen Athens sind auf Suppenküchen angewiesen,*
- *die Steuerbelastung für Menschen mit mittleren Einkommen hat um 25 Prozent zugenommen,*
- *die Eigentumsteuer, die sich wesentlich auf Immobilien bezieht, ist um mehr als das Fünffache gestiegen, weshalb 65 Prozent der privaten Haushalte verschuldet sind,*
- *der öffentliche Sektor wurde so geschrumpft, dass das Gesundheitswesen weitgehend zusammengebrochen ist, Gesundheitsbetreuung und Pflege wurden für die Meisten unbezahlbar, dringend erforderliche Sozialleistungen können nicht mehr abgesichert werden.<sup>18</sup>*

---

<sup>18</sup> Siehe Dellheim, Judith (2015) Kleine Anfrage zu großen Problemen, online-Text, [http://www.rosalux.de/fileadmin/rls\\_uploads/pdfs/sonst\\_publicationen/kleine\\_Anfrage\\_zu\\_grossen\\_probleme\\_n.pdf](http://www.rosalux.de/fileadmin/rls_uploads/pdfs/sonst_publicationen/kleine_Anfrage_zu_grossen_probleme_n.pdf)

## WOHER KOMMEN ABER DIE «SCHULDEN», MIT DENEN DIE GLÄUBIGER-FORDERUNGEN BEGRÜNDET WERDEN?<sup>19</sup>

Um das zu ergründen, hat das griechische Parlament Anfang April die von seiner damaligen Präsidentin initiierte Kommission zur Wahrheit über die nationalen Schulden unter seine Schirmherrschaft gestellt. Dieser Bericht<sup>20</sup> ist vorläufig, weil noch nicht alle Daten vorliegen, was insbesondere an der Bank von Griechenland liegt. Sie lehnt eine Zusammenarbeit mit der Kommission ab. Der endgültige Bericht soll im Mai 2016 der Öffentlichkeit übergeben werden.

Die Kommission unterscheidet drei Phasen der Schuldenentwicklung bzw. des Schuldenanstiegs:

- 1981–1993: Nachdem Griechenland der EU beigetreten war, wuchsen die öffentlichen Schulden von 25 Prozent zum BIP auf 91 Prozent zum BIP.

- 1993–2007: In diesem Zeitraum gab es einen abgeflachten Schuldenanstieg: von 91 Prozent auf 103 Prozent zum BIP.

- 2007–2009 schnellten die Schulden von 103 auf 127 Prozent zum BIP empor. (Report, S. 11)

Die Kommission spricht von «illegitimen Schulden», die aus ökonomischen, rechtlichen und moralischen Gründen nicht zurückgezahlt werden müssten bzw. sollten. Es ist von «nicht nachhaltigen», «illegalen» und «moralisch verwerflichen» Schulden die Rede: «nicht nachhaltig», weil der Schuldner mit den Zinszahlungen und der Schuldentilgung keinen nachhaltigen Schuldenabbau und keine nachhaltige Entwicklung realisieren kann; «illegal», weil die Schulden zum Zeitpunkt ihrer Entstehung nicht den geltenden rechtlichen Regeln entsprochen haben; «moralisch verwerflich», weil sie den in internationalen Dokumenten verankerten Menschen- und Bürgerrechten bzw. Normen nicht entsprechen und vielfach über Gewalt zustande gekommen sind (Report, S. 10).

Zwischen 1980 und 2007 ist die Relation der Schulden zum BIP um 82,3 Prozentpunkte gestiegen. Zwei Drittel dieses Anstiegs (65,6 Prozent) waren darauf zurückzuführen, dass die Zinsrate für den öffentlichen Schuldendienst höher war als die nominelle Wachstumsrate des BIP – die Zinsen wuchsen also schneller als die Mittel zu ihrer Tilgung (der sogenannte Schneeballeffekt). Ein Drittel (33,4 Prozent) ging auf kumulative Defizite, also die Anhäufung von sich wiederholenden Defiziten über Jahre hinweg zurück (Report, S. 12).

Sieht man von den Militärausgaben ab, so können die öffentlichen Ausgaben das Schuldenwachstum nicht ausreichend erklären. Die Militärausgaben haben allerdings einen Anteil von mindestens 40 Milliarden Euro an den Schulden.

Auf der Einnahmeseite ist eine Hauptursache für die Zunahme des Schuldenstandes der relative Rückgang des Steueraufkommens. Nach 1999 ist es auf unter 34 Prozent zum BIP gefallen. Der Durchschnitt liegt in der Euro-Zone bei etwa 40 Prozent. Steuerhinterziehung und Korruption begründen Steuerrückstände von 29,4 Milliarden Euro und Rückstände bei den Arbeitgebersozialabgaben von 75 Milliarden Euro bis Ende 2009. Im Zeitraum 1999 bis 2009 wurden die Unternehmenssteuern außerdem von 40 auf 25 Prozent gesenkt.

Wie die Website LuxLeaks mitteilt, haben neun in Griechenland ansässige Firmen «Steuerabkommen» mit Luxemburg in Anspruch genommen: Babcock&Brown, BAWAG, Bluehouse, Coca Cola HBC, Damma Holdings, Eurobank, Macquarie Group, Olayan Investment Company Establishment und Weather Investments (Report, S. 13). Mit Verweis auf Kundenfreundlichkeit und das Bankgeheimnis konnten diese Firmen sich über Jahre hinweg der zu leistenden Besteuerung in den Ländern, in denen sie Profite machen, entziehen.

### Illegale Finanzabflüsse (in Milliarden Euro)

2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2003-2009
41,2	31,8	0,0	33,0	53,1	2,8	40,5	202,5

Würden diese Finanzflüsse mit einem Steuersatz von 15 Prozent belastet, hätte der Staat 30 Milliarden Euro eingenommen. Werden zusätzlich begründbare Zinszahlungen für die Steuerschuld berücksichtigt, erhöht sich dieser Wert auf ca. 40 Milliarden Euro (Report, S. 14).

Mit der Einführung des Euro wuchs die Verschuldung der Privathaushalte. Sie expandierte von 74,1 Pro-

<sup>19</sup> Der folgende Abschnitt erschien erstmals in: Dellheim, Judith (2015): Woher kommen die Schulden Griechenlands?, online-Text (<http://www.rosalux.de/publication/41627/woher-kommen-die-schulden-griechenlands.html>)

<sup>20</sup> Truth Committee on Public Debt, Preliminary Report (2015):

[http://www.hellenicparliament.gr/UserFiles/8158407a-fc31-4ff2-a8d3-433701dbe6d4/Report\\_web.pdf](http://www.hellenicparliament.gr/UserFiles/8158407a-fc31-4ff2-a8d3-433701dbe6d4/Report_web.pdf) Die f Seitenangaben im Text beziehen sich auf diese Fassung.

zent zum BIP auf 129,1 Prozent zum BIP. (Report, S. 14)

2009 waren ausländische Banken, vor allem aus der EU, mit 140 Milliarden Euro in Griechenland durch Anleihen, Kredite und andere Projektfinanzierungen engagiert; davon zu 45 Prozent im öffentlichen Sektor, zu 16 Prozent bei Banken und zu 39 Prozent bei Finanzinstitutionen ohne Bankcharakter.

## DIE SCHULDENPROBLEMATIK SEIT 2010

Die Bankenrettung mit öffentlichem Geld ohne Umstrukturierung der öffentlichen Schulden im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab 2007 kam sowohl den griechischen wie den ausländischen Banken zugute. Die griechischen Banken haben ihr Engagement im öffentlichen Sektor von 45,4 Milliarden Euro im zweiten Quartal 2009 auf 23,9 Milliarden Euro Ende 2011 zurückgefahren.

Die Spekulation mit Sovereign Credit Default Swap-Papieren, also Wertpapieren, mit denen sich Gläubiger gegen Ausfallrisiken bei der Rückzahlung staatlicher Kredite in Griechenland versicherten, indem sie diese Risiken gegen Zins an andere weiter verkauften, hat die Zinsrate für staatliche Kreditnahmen in die Höhe getrieben und Schulden gemehrt (Report, S. 15).

Im Mai 2010 wurden 110 Milliarden Euro öffentliche Gelder eingesetzt, um den Banken die Zahlungsausfälle des griechischen Staates zu kompensieren. Diese nutzten die Zeit, um ihre Risiken aus den Staatsschulden an multilaterale und bilaterale Gläubiger mittels weiterer «innovativer Finanzmarktinstrumente» zu delegieren.

Ende 2009 wurden elf Prozent der griechischen Staatsschulden durch außereuropäische Banken gehalten; 36 Prozent der Schulden – 60 Milliarden Euro – durch französische Banken, 21 Prozent – 35 Milliarden Euro – durch deutsche und 32 Prozent durch andere europäische Banken. Der Anteil der Staatsanleihen an der Gesamtschuld sank von 91,1 Prozent im Jahre 2009 auf 70,5 Prozent im Jahre 2011.

Mit dem zweiten Troika-Memorandum wurden weitere 130 Milliarden Euro zur Bankenstärkung mobilisiert und ein «Haircut» der bisherigen öffentlichen Schulden von 53,5 Prozent realisiert. Davon waren letztendlich vor allem öffentliche Einrichtungen betroffen, die Einbußen von 16,2 Milliarden Euro hinnehmen mussten. Es handelte sich insbesondere um Pensionsfonds als einer Säule der Alterssicherung in Griechenland, die Verluste von 14,5 Milliarden Euro machten. Auch kleine Finanzmarktakteure wurden zu Verlierern.

Die griechischen Banken wurden für den Haircut entschädigt, die privaten ausländischen Gläubiger nicht. Diese ließen sich «ihr Opfer» gut versüßen (Report, S. 19): Beim Tausch der ursprünglich höherwertigen alten Schuldpapiere gegen die neuen übernahm die EU die Sicherung der neuen Schuldpapiere. Selbst im Falle eines Staatsbankrotts würden die Gläubiger also wenigstens den Nominalwert der Anleihen einnehmen können.

Trotzdem stieg die Staatsschuld bis Ende 2014 auf 317,94 Milliarden Euro bzw. 177,1 Prozent zum BIP (Report, S. 20).

### Einsatz der offiziellen «Hilfen» 2010–2015

	Insgesamt (in Mrd. €)	In Prozent
Offizielle „Hilfen“	243,2	100,0
Abschreibung (außer kurzfristige Schulden)	112,5	46,3
Bankkapitalisierung	48,2	19,8
Kosten der Einbeziehung des privaten Sektors	34,5	14,2
Andere	23,4	9,6
Budget-Bilanz	24,6	10,1

Der Preis für die Rettung der privaten Anlagen war und ist ein dramatischer Sozial- und Demokratieabbau für die Bevölkerungsmehrheit. Wird die öffentliche Schuld näher betrachtet, ergibt sich folgendes Bild:

## Öffentliche Schuld nach Bestandteilen zum 30.4.2015

Bestandteil	Millionen Euro	in Prozent
Staatsanleihen mit einer Laufzeit von bis zu einem Jahr (T-Bills)	14.943,9	4,8
Weitere Anleihen	39.380,1	12,6
Anleihen, gehalten durch die Zentralbanken der EU-Mitgliedstaaten (ANFA)	7.309,3	2,3
Anleihen, gehalten von der EZB (SMP)	19.874,1	6,4
Anleihen der Bank von Griechenland	4.265, 0	1,4
Spezielle und bilaterale ausländische Anleihen (EIB)	7.309,3	2,3
Andere ausländische Anleihen	5.081,0	1,6
Anleihen der EFSF <sup>21</sup>	130.909,1	41,9
Bilaterale Anleihen von EU-Mitgliedsländern	52.900,0	16,9
Anleihen des IWF	20.634,6	6,6
Kurzfristige Anleihen (REPOS)	10.286,9	3,3
<b>Insgesamt</b>	<b>312.678,5</b>	<b>100</b>

Die Banken und Fonds bekamen ausreichend Zeit, um die durch sie gehaltenen griechischen Schulden nicht zuletzt auf ihre Staaten zu delegieren. Die machten auch bereitwillig mit.

Werden weiter die bilateralen «Hilfen» betrachtet, zeigt sich folgende Zusammensetzung (in Millionen Euro):

Deutschland	15.165,3
Frankreich	11.388,6
Italien	10.007,5
Spanien	6.649,9
Niederlande	3.193,7
Belgien	1.942,5
Österreich	1.555,0
Portugal	1.102,4
Finnland	1.004,0
Irland	347,4
Slowenien	243,5
Luxemburg	139,9
Zypern	109,6
Malta	50,6
<b>Insgesamt</b>	<b>52.899,9</b>

<sup>21</sup> Europäische Finanzstabilisierungsfazilität zur Bankenrettung

## SCHLUSSFOLGERUNGEN DER KOMMISSION

Selbst die Mainstreamökonomien sagen, dass Griechenland die Schulden nie und nimmer tilgen kann. Die Kommission zur Schuldenevaluierung kommt zu zwei gewichtigen Schlussfolgerungen:

1. Ein souveräner Staat, der sich der Einhaltung der eigenen Verfassung dem internationalen Recht und dem EU-Recht verpflichtet sieht, kann seine Schulden einseitig als illegitim, nicht nachhaltig, illegal und moralisch verwerflich erklären und auf ihre Bedienung wie Rückzahlung verzichten. Ein souveräner Staat könnte sich dabei berufen auf:

- *die Täuschung durch die Gläubiger,*
- *Rechtsverstöße,*
- *den Vorrang der Menschenrechte und der Grundrechte gegenüber Abkommen, die frühere Regierungen geschlossen haben,*
- *Bedingungen, die die nationale Souveränität und die Verfassung des Landes verletzen,*
- *das Recht gegen gesetzwidrige Handlungen von Gläubigern, die vorsätzlich gegen geltende Regelungen verstoßen, vorzugehen,*
- *eine Notlage, die das Primat der eigenen Handlungsfähigkeit begründet.*

Staaten haben das Recht, sich für zahlungsunfähig zu erklären. In diesem Fall handeln sie nicht gesetzwidrig. Sie sind also auch nicht haftbar (Report, S. 8–9, 51–62).

Die Kommission betrachtet «Griechenland als das Opfer eines Angriffs, der vom Internationalen Währungsfonds, von der Europäischen Zentralbank und von der Europäischen Kommission vorbereitet und durchgeführt wurde», um «private Schulden auf den Staat zu übertragen» (Report, S. 9).

2. Die Schulden gegenüber dem IWF müssen weitestgehend als illegal angesehen werden, weil die Kredite im Widerspruch zu den IWF-Statuten vergeben worden sind. Danach hat der IWF bei seinen Maßnahmen darauf zu achten, dass die Anpassung in den Zahlungsbilanzen ohne für die nationale und internationale Prosperität destruktive Konsequenzen erfolgt. Ferner hat er die nationalen Sozial- und Wirtschaftspolitiken in den Strukturanpassungsprogramm-Ländern zu berücksichtigen. Schließlich soll das Strukturanpassungsprogramm zu mehr Wachstum und Wohlstand im Programmland führen.

Die Schulden gehen auch nicht konform mit der griechischen Verfassung und dem internationalen Recht. Sie können nicht bedient und getilgt werden, ohne nachhaltige Entwicklung sowie die Realisierung der Menschen- und Grundrechte zu beschränken. Analoges kann bzw. muss zu den Schulden gegenüber der EZB, dem ESFM, den bilateralen öffentlichen Gläubigern und privaten Gläubigern resümiert werden. Hier wäre zusätzlich auf das EU-Recht zu verweisen. Es ist vielfach verletzt worden.

## WARUM GRIECHENLAND SCHON LANGE STÖRT

Ausgehend von den bis zum 25.1.2015 akkumulierten Problemen wäre es formal logisch der politische Selbstmord einer linken Partei in Griechenland die Regierung zu übernehmen. Eine konsequent linke Partei geht aber nicht formal logisch vor. Sie ringt um das Engagement und die Lebensqualität von Menschen in Griechenland, um Einflussnahme auf politische und gesellschaftliche Entwicklungen in der EU und Europa, die für die Lösungsbedingungen globaler Probleme nicht zu unterschätzen sind.

Allerdings wuchs in den Institutionen der EU- und insbesondere der Euro-Mitglieder, in den formellen und informellen Gremien der EU und insbesondere der WWU die Feindseligkeit gegenüber Griechenland und seiner Regierung. Die EU-Mitglieder zweiter Klasse zündelten fast ausnahmslos. Die fünf Präsidenten – der Europäischen Kommission, des Europäischen Rates, der Eurogruppe, der Europäischen Zentralbank und des Europäischen Parlaments – taten sich in zuspitzenden Worten und Taten hervor. Nach dem G8-Treffen kam auch aus den US-Regierungskreisen nichts (widersprüchlich) Hilfreiches zu Griechenland mehr. Man entschied sich, die EU „machen zu lassen“. Ähnliches galt auch für den IWF, der seit langem weiß, dass Griechenland gravierende Entlastungen von Schulden und Schuldendienst-Verpflichtungen braucht.

Der Umgang der Herrschenden und ihrer Partner mit Griechenland hat nichts mit ökonomischer Rationalität – auch nicht im ordoliberalen oder neoklassischen Sinne – zu tun. Er macht deutlich, dass sie gesellschaftliche Alternativen kompromisslos bekämpfen und sich dabei sklavisch an die Rechtsgrundlage, die sie verfasst haben und fortschreiben, halten.

„Die Vereinbarung“ vom 13.07.2015 wurde in einem informellen Gremium, der Euro-Gruppe, getroffen. Dass sich hier erneut der deutsche Finanzminister, von seiner Kanzlerin gestützt, aggressiv hervortat, soll nicht zum primitiven „Deutschland-“ oder „Schäuble/Merkel-Bashing“ ermutigen, sondern zur Frage nach den Ursachen dafür. Deutschland ist das bevölkerungsreichste Land mit den in der Volkswirtschaft am besten ökonomisch und politisch vernetzten TNC. Im Unterschied zu anderen EU-Mitgliedsländern sind die TNC mit Sitz in Deutschland eng mit kleinen und mittleren Unternehmen wie mit den Regionen ihrer

Standorte verbunden. Das begünstigt die Bereitstellung des geeigneten „Humankapitals“ und der erforderlichen Infrastruktur. Es ist allgemein bekannt, dass Deutschland am meisten von der EU und ihrer Erweiterung wie von der WWU gewonnen hat: mit ihnen sind die Wirkungsräume und Verwertungsbedingungen der TNC, der mit ihnen vernetzten KMU und der wiederum mit diesen vernetzten KMU gewachsen bzw. besser geworden. Exporte von TNC und KMU haben drastisch zugenommen. Das alles hat sich günstig auf das Außenwirtschaftsbilanz, das Steueraufkommen, die Einnahmeseite des Staatshaushaltes ausgewirkt und das hat den Herrschenden die Organisation des gesellschaftlichen Konsens' enorm erleichtert. Hohen Anteil an den für die Kapitaleigentümer und Kapitaloligarchien positiven Umständen hat die Tatsache, dass die Regeln und Institutionen der WWU wesentlich nach deutschem Vorbild vereinbart und festgeschrieben wurden. Dabei war den deutschen Verhandlungsführern von Beginn an klar, dass die letztendlich vereinbarte Orientierung an den vor allem monetären Kriterien nicht ausreichend ist, um die WWU insgesamt zu einem Raum, der stabil „Globalisierungsgewinne“ sichert und mehrt, zu gestalten. So war aus ihrer Sicht und Interessenlage selbstverständlich, dass sie die erstbeste Gelegenheit nutzen würden, um dies zu korrigieren. Diese kam mit der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise und der ihr folgenden Euro-Krise, die wiederum mit der planmäßigen Verhandlung zur Lissabon-Nachfolge-Strategie, der EU 2020, zusammenfiel. Kein Wunder also, dass Merkel mit ihren Initiativen zur neuen Gemeinschaftsmethode, zum Wettbewerbspakt, zum Euro-Plus-Pakt, in die Offensive ging. Sie und ihre Kreise wollen mehr Stabilität bei der Realisierung von „deutschen Wirtschaftsinteressen“ (Merkel: „Kultur der Stabilität“). Mit der weiteren Fokussierung auf „Haushaltsdisziplin“, Konkurrenzfähigkeit und politische Berechenbarkeit sind Wirtschaftswachstum, Verschuldung, Arbeitslosigkeit, Ausgaben für Forschung und Entwicklung entscheidende Parameter. Hier kann Griechenland schon seit dem ersten Memorandum nicht mithalten und sollte aus Sicht relevanter „WWU-Regelmacher“, die ihre Klientel auf Kosten der griechischen Bevölkerung schadlos hielten, aus Gründen der „Disziplinierung“ anderer aus dem Euro-Raum verschwinden. Aber das Land ist an der EU-Außengrenze gelegen, was gegen seine weitere Destabilisierung spricht. Außerdem sind die Folgewirkungen eines Grexit für die WWU und die EU nicht voll kalkulierbar und der Grexit wird von großen EU-Mitgliedern wie Frankreich und Italien nicht gewollt. Griechenland kann auf Grund seiner Wirtschafts- und insbesondere seiner Außenwirtschaftsstrukturen, die sich seit Euro-Einführung stark verändert haben, die WWU ohne weitere dramatische Wirtschaftseinbrüche nicht verlassen: Es muss 48 Prozent seiner Lebensmittel und 82 Prozent seiner Energie importieren. Unverzichtbare pharmazeutische Mittel, Ersatzteile usw. würden in neuer nationaler Währung unentwegt teurer. Bei der hochgradigen Importabhängigkeit Griechenlands würde eine Hyperinflation drohen. Das Schuldenproblem würde noch verschärft, denn alle in Euro notierten Zahlungsverpflichtungen – Schulden des Staates und der Unternehmen – würden drastisch aufgewertet. Unsichere Tourismus-Gewinne würden von ausländischen Unternehmen kassiert. Die reichen Griechen haben ihre Auslandskonten und würden in Griechenland aufkaufen, was sich aufkaufen lässt. Der Staat wäre mit dem Übergang zur nationalen Währung organisatorisch völlig überfordert, während eine enorme Kapitalflucht stattfinden würde<sup>22</sup>. Und keineswegs ist es ja so, dass die EU-Mitgliedsländer außerhalb der WWU von den wirtschaftspolitischen Zwängen des Lissabonner Vertrages frei wären.

Also sagen sich die WWU-Regelmacher: ziehen wir im Interesse unserer Klientel/Kapitaloligarchien und unserer Staatshaushaltseinkommen das ökonomische Maximum aus Griechenland heraus, nutzen wir weiterhin das Land zur Disziplinierung Anderer und schreiben wir ausgehend vom Diktat gegenüber Griechenland die Regeln so fort, dass sie der Stabilität und Konkurrenzfähigkeit der WWU und damit uns selber am meisten nutzen. Nach mehreren nicht ganz erfolgreichen Anläufen der „Regel-Vervollkommnung“ (siehe die Reden Merkels 2011 zum „Wettbewerbspakt“) verkündete die Kanzlerin im November 2014: „Jean-Claude Juncker hat von uns ... eine Aufgabe bekommen, mit dem neuen Ratspräsidenten, dem Präsidenten der EZB und dem Präsidenten des Europäischen Parlaments Vorschläge für die Weiterentwicklung sowohl der Eurozone als auch insgesamt der Europäischen Union zu machen.“<sup>23</sup> Seit Mitte Juni liegt nun die „Die Wirtschafts- und Währungsunion vollenden“<sup>24</sup> auf dem Tisch und zeigt, dass die „Vereinbarung“ vom 13. Juli schon weitgehend aus der Sicht der WWU-Vervollkommnung geschrieben ist: politische Handlungsmöglichkeiten außerhalb eines dogmatischen Neoliberalismus, die der insgesamt neoliberale

---

<sup>22</sup> Kadritzke, Niels (2015): Grexit und was dann? Die Drachme eröffnet keine Zukunftsperspektiven – außer für Spekulanten, <http://monde-diplomatique.de/artikel/15202308>

<sup>23</sup> <http://www.bundesregierung.de/Content/DE/Mitschrift/Pressekonferenzen/2014/11/2014-11-21-merkel-michel.html>

<sup>24</sup> Juncker, Jean-Claude (2015): Completing Europe's Economic and Monetary Union, in close cooperation with Donald Tusk, Jeroen Dijsselbloem, Mario Draghi and Martin Schulz, European Commission, Brussels

Lissabonner Vertrag noch enthält, sollen verschwinden. Die oben zitierte Passage zum „Grundsatz einer offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ soll in Reinkultur umgesetzt werden, aber zugleich soll wirtschaftliche und politische Stabilität gewahrt werden. Die Vertiefung der WWU soll über eine Wirtschafts-, eine Finanz- und eine politische Union erfolgen. Bis Mitte 2017 wären die Möglichkeiten des bestehenden institutionellen Rahmens so zu nutzen, dass mehr Effektivität neoliberaler Politik erreicht werden könne – „Vertiefung durch Handeln“. Bis spätestens 2025 würden dann die Verträge entsprechend geändert werden – „Vollendung der WWU“. Dann wäre man fit für eine Welt mit TTIP, TISA, einem kompletten Freihandel wie Investitions- bzw. Eigentumsschutz und attraktiv für Großbritannien als EU-Mitglied. Soziale und demokratische Standards sollen weiter schwinden; Banken sollen weiterhin letztendlich auf Kosten der Steuerzahlenden gerettet werden können; Kapitalmärkte sollen neue renditeversprechende Anlagemöglichkeiten bieten; Six Pack und Two Pack, Fiskalpakt und Euro-Rettungsschirm würden Bestandteil der Verträge und zusätzlich mit einem unabhängigen Europäischem Fiskalausschuss kombiniert werden; ein „Mechanismus zur Schockabwehr“, der WWU-Mitglieder, die Strukturreformen realisieren, in kritischer Wirtschaftslage aus einem verstaatlichten EFSI-Fonds (der zunächst für drei Jahre ausgelegte Europäische Fonds für Strategische Investitionen) Unterstützung geben könnte, soll dauerhaft eingerichtet werden; die Euro-Gruppe und die Gremien außerhalb demokratischer Kontrolle sollen gestärkt, parlamentarische Mitsprache-Rechte hingegen sollen geschwächt werden.

## EINIGE KONSEQUENZEN FÜR LINKE POLITIK

Da die EU mit der Griechenland-feindlichen „Vereinbarung“ vom 13.07.2015 der von den fünf Präsidenten konzipierten WWU-„Vervollkommnung“ näher gekommen sind, muss es folgerichtig mit linker „Griechenland-Solidarität“ um politische Strategien gehen, die Abwehrkämpfe gegen die Angriffe und Vorhaben der Herrschenden mit der Erschließung von Handlungsmöglichkeiten im Rahmen der bestehenden Institutionen miteinander verbinden und auf eine demokratische, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung zielen. Damit könnte OXI eine positive Ausrichtung erhalten. Interessenwidersprüche in den Institutionen müssen angesprochen und genutzt werden, um eigene Positionen zwecks Problemmilderung und -lösung zu stärken: insbesondere sozial gerechte Streichung griechischer Schulden, deutsche Reparationszahlungen, Transfer von Gewinnen aus der „Griechenland-Krise“ in dessen Staatshaushalt, Stärkung der griechischen Solidarstrukturen. Bündnismöglichkeiten wären zu erschließen. Ein solches Herangehen hat vier sehr praktische Konsequenzen:

Erstens: Bei den Abwehrkämpfen gilt es, demokratische, soziale und ökologische Standards zu verteidigen und weitere Privatisierungen des Öffentlichen sowie neue Schübe der Finanzialisierung zu verhindern. Zugleich geht es darum, die fünf-Präsidenten-Vorhaben, Freihandels- und Investitionsschutz- wie Industrie-Projekte zu stoppen, die auf globale Konkurrenzfähigkeit, „Sicherheit“, „globale Handlungsfähigkeit“ fixieren.

Zweitens: Ein solches Agieren setzt Analysen zu den bestehenden Machtverhältnissen und politischen Bündnissen wie zu ihren Zusammenhängen mit den Wirtschafts-, Reproduktions- und Gesellschaftsstrukturen voraus.

Drittens: Linke Akteure sollten konkrete Alternativen einer zivilen Industrie- und Infrastrukturpolitik sowie einer Handelspolitik ausarbeiten. Es wären Aufgaben zu formulieren, die vom zeitlichen Horizont, von den Interessen und Machtpositionen der Akteure und von den Steuerungspotenzen her lösbar sind wie tatsächlich alternative Entwicklungen einleiten könnten.

Viertens: Es sollte die Kooperation mit jenen auf- und ausgebaut werden, die am dringlichsten auf Hilfe angewiesen sind, sowie mit allen, die sich gegen die herrschende „Griechenland-Politik“, gegen Militarisierung, Deregulierung, Kommerzialisierung, Privatisierung und Finanzialisierung des Öffentlichen, gegen den Abbau demokratischer, sozialer und ökologischer Standards wenden. Derartige Kämpfe finden vor allem am konkreten Ort und in der Region statt, wo tragfähige Bündnisse entstehen können<sup>25</sup>.

Jede radikale Linke, die Politik gegen Herrschaftsverhältnisse entwickeln und wirksam machen will, steht immer vor einem Dilemma: Die bestehenden Formen der Politik – von der Bewegungspolitik über die Parteipolitik zur Regierungspolitik – begrenzen die Möglichkeiten effektiven politischen Handelns. Aber die Überwindung der Herrschaftsverhältnisse (in unseren Gesellschaften und Staatsformen, in der EU) verlangt ein Handeln, das über diese politischen Formen hinausgeht. Das bedeutet, dass eine radikale, auf grundlegende gesellschaftliche Veränderungen zielende Linke zugleich zwei Prinzipien folgen muss: Rebellion und

---

<sup>25</sup> vgl. Brangsch, Lutz/Dellheim, Judith/Wolf, Frieder Otto, Zimmer, Gabi (2014): Die «Europäische Frage» und die Linken. Wer heute die Debatte bestimmt und wie eine andere Richtung eingeschlagen werden könnte, Standpunkte 05/2014

Widerstand gegen Herrschaft als berechtigt und erforderlich anzuerkennen und aufzunehmen und zugleich unter den bestehenden Bedingungen und Kräfteverhältnissen zu handeln. In der öffentlichen Wahrnehmung bilden sich daher immer wieder „fundamentalistische“ und „realpolitische“ Strömungen als Gegensatz. Da reicht es nicht aus, darauf hinzuweisen, dass rein logisch kein Widerspruch zwischen einer durch eine linke Regierung notgedrungen beschlossenen Maßnahme und der Kritik dieser Maßnahme durch die Partei und erst recht durch die soziale Bewegung besteht. Vielmehr ist es erforderlich, zum einen zwischen den Aufgaben, Möglichkeiten und Voraussetzungen bzw. den Handlungsbedingungen der unterschiedlichen Formen politischen Handelns (soziale Bewegungen, politische Partei und linke Regierung bzw. Regierung mit linker Beteiligung) klar zu unterscheiden. Zum anderen muss genau geklärt werden, inwieweit auf diesen Ebenen gegensätzlich, im Konflikt, agiert werden kann bzw. muss und inwieweit hier eine spezifische innerlinke Solidarität erforderlich ist, um die Handlungsfähigkeit der jeweils anderen Form zu erhalten und möglichst zu fördern.

Solidarische und dialektische linke Politik ist nicht unter der Prämisse eines stattgefundenen Zusammenbruchs des bestehenden politischen Systems mit seinem ideologischem Apparat zu konzipieren, sondern als nachhaltig veränderndes bzw. transformierendes Handeln. Dieses Handeln bringt zum einen über gesellschaftliche Mobilisierungen neue gesellschaftliche Kräfte ins Spiel. Zum anderen baut es unter den bestehenden Verhältnissen und Verfahren Handlungsfähigkeit in verschiedenen Formen auf. So ergibt sich die doppelte Aufgabe, zum einen die gesellschaftspolitischen Konflikte emanzipatorisch zu entfalten, zum anderen die Fähigkeit aufzubauen, in den ideologischen Staatsapparaten bis in die höchste Ebene kompetent und regelgerecht wirksam zu agieren.

Angesichts der Schwierigkeit dieser doppelten Aufgabe kann nicht davon ausgegangen werden, dass in jeder konkreten Lage eine sachlich begründete Ansicht aller Beteiligten dazu erreicht werden kann, was die jeweils richtige Entscheidung wäre, die JETZT getroffen werden muss. Daraus folgt die doppelte Notwendigkeit, zum einen eine konfliktträchtige kritische Debatte zu führen und zum anderen in demokratischen Abstimmungen oder Verhandlungen die erforderliche Entscheidung zu treffen. Beim Widerspruch zwischen offener Debatte und verbindlicher Entscheidung bilden sich unvermeidlich unterschiedliche „Sensibilitäten“ heraus – innerhalb der sozialen Bewegungen, denen in den politischen Parteien dann mehr oder minder verfestigte „Strömungen“ entsprechen. Die Einheit der sozialen Bewegungen wie die Einheit von politischen Parteien können daher nicht so verstanden werden, dass derartige „Sensibilitäten“ oder „Strömungen“ verschwinden und einer einheitlichen gemeinsamen Disziplin Platz machen. Es muss daher möglich sein, dass sich derartige Orientierungen auch als Zusammenhänge vieler frei entfalten können. Es muss aber auch klar sein, dass die jeweils getroffenen Mehrheitsentscheidungen dann auch wirklich in die Praxis umgesetzt werden können. Das setzt beispielsweise für linkes Regierungshandeln voraus, dass international auch schlechte Kompromisse eingegangen werden können, wenn die Regierenden diese als alternativlos beurteilen. Aber sie dürfen nie den Versuch machen, diese schön zu reden, oder gar ein Schönreden seitens von Partei und der Bewegungen zu erzwingen. Für das parteipolitische Handeln bedeutet das, derartige Entscheidungen der Regierung offen kritisieren zu können (ihnen unter bestimmten Umständen, wenn nämlich der Fortbestand der Regierung davon nicht abhängt, sogar parlamentarisch die Zustimmung zu versagen), den Regierenden aber dennoch das Vertrauen auszusprechen.

Ein derartig dialektisches und innerlinkes Herangehen wäre eine radikale Neuerung. In der Geschichte der Arbeiterbewegung wie der Alternativbewegung ist dieser Weg bisher nicht gegangen worden – nicht zuletzt auch deshalb, weil über sein Erfordernis keine theoretische Klarheit bestand: Während die Vertreter einer Reformpolitik übersahen, dass unter den konkreten Bedingungen die von ihnen zunächst noch angestrebte radikale Reform nicht durchführbar war, verschoben die Vertreter einer revolutionären Politik diese Problematik auf die Zeit nach der großen Revolution. Es ist sicherlich unmöglich, im Vorhinein eine „Blaupause“ für linkes Regierungshandeln, um Einheit im Konflikt zu wahren, zu entwerfen. Hier müssen tragfähige Lösungen in der politischen Praxis gefunden und erprobt werden. Auch in diesem Sinne kann Syriza heute geradezu ein Laboratorium für die Linke in Europa sein.

### III.

#### **NUTZEN WIR UNSERE 2. CHANCE?**

Syriza hat, unabhängig von der Entwicklung in Griechenland selbst, den linken Bewegungen und Parteien in der EU eine 2. Chance geschaffen.

Syrizas „Einführung in das Regierungsprogramm“ vom September 2015 ist ein politisches Meisterwerk.<sup>26</sup> In sieben Punkten wird bzw. werden auf zwölf gut lesbaren Seiten Entwicklungen analysiert, Positionen

---

<sup>26</sup> Syriza, Introduction to the Governmental Program, September 2015, [http://transform-network.net/uploads/tx\\_news/SYRIZA\\_programmatic\\_framework\\_EN\\_translation.pdf](http://transform-network.net/uploads/tx_news/SYRIZA_programmatic_framework_EN_translation.pdf)

erklärt, eigenes Agieren reflektiert, Selbstkritik geübt, eigenes Selbstverständnis weiter ausgeprägt und vermittelt, transformatorisches Denken und Handeln entwickelt und demonstriert, die Parteimitglieder ermutigt, orientiert und motiviert, das Gespräch mit einer interessierten Öffentlichkeit gesucht, den Linken in Europa qualifizierte politische Bildung geboten, sozialistische Regierungspolitik erläutert, Maßstäbe für moderne sozialistische Politik gesetzt und Handlungsoptionen aufgezeigt, ein originär links-emanzipatorisches europäisches Herangehen praktiziert.

Will die Partei in diesem Sinne alle Formen und Möglichkeiten demokratischer Politik in ihrer Gesamtheit nutzen und zur Wirkung bringen, muss sie eine attraktive Mitgliederpartei bleiben/neu werden. Sie muss sich nicht als „Apparat“ sondern als Zusammenschluss ihrer Mitglieder verstehen, die wiederum mit ihrem Handeln in sozialen Bewegungen die Partei in eine linke Strömung einbetten. Das ist schwierig angesichts widersprüchlicher Regierungspolitik und Memorandum.

Es scheint illusorisch zu sein, angesichts der Niederlagen, der realen Kräfteverhältnisse vom Bruch mit dem Neoliberalismus und gesellschaftlichen Alternativen zu sprechen, aber wenn man an die Alternativen nicht denkt und um ihre Realisierung nicht ringt, braucht man auch keine linke Partei an der Regierung. „Man“ ist nicht „nur“ Syriza, die Linken in Griechenland, die sozial ausgegrenzten, die große Bevölkerungsmehrheit des Landes – „man“ sind die Linken und die Bevölkerungsmehrheiten in der EU. Syriza macht auch für sie Politik, wirkt an ihrer Aufklärung und Aktivierung – bietet ihnen eine einzigartige Chance zu lernen und eine Herausforderung zum solidarischen Handeln. Wird sie genutzt, kann ernsthaft über sozialistische Transformationspolitik gesprochen werden.

Kurz nach den ersten Wahlergebnissen war auf der Facebook-Seite von Alexis Tsipras das Foto einer fliegenden Taube zu sehen „Vor uns liegt viel Arbeit“ war zu lesen. Das ist eine Botschaft ohne Euphorie. Für Euphorie gibt es auch keinen Grund nach dieser Niederlage vom 13.7., angesichts des Leides im Lande – auch und insbesondere des Leides der Flüchtlinge –, der unermesslich großen Probleme und der geringen politischen Spielräume, angesichts des schmerzlichen Verlustes an Parteimitgliedern, Wählerinnen und Wählern. „Tsipras bekommt seine zweite Chance“ titelte das Neue Deutschland am 21. September und blendete damit die Herausforderung der Linken in der EU zunächst aus.<sup>27</sup> Aber hier interessiert mehr als ND-Kritik die solidarische Tsipras- und Syriza-Kritik von Yanis Varoufakis.<sup>28</sup> Er sieht in der „Kapitulation“ vom 13. Juli 2015, trotz seiner radikalen Kritik nicht das Ergebnis einer Politik, die auf Kampf mit den Herrschenden verzichtet hat und verzichten wollte. „Der größte Gewinner ist die Troika selbst“, resümiert er die Wahl vom 20.9. und lässt die Eurogruppe scheinbar außen vor. Das Ergebnis sei zustande gekommen, weil die alten Memoranden-Parteien keine Alternative zum neuen Memorandum haben konnten und die prinzipiellen Memorandum-Gegner auch keine überzeugende Alternative vorzustellen vermochten. „Alexis Tsipras muss nun eine fiskalische Konsolidierung und ein Reformprogramm umsetzen, das zum Scheitern verurteilt ist.“ Gerade darin besteht die Herausforderung: Es nicht umzusetzen, wie es im Interesse der Herrschenden umgesetzt werden soll, wenngleich absehbar die rezessiven Wirkungen sogar noch zunehmen. Tsipras' Plan basiert nach Ansicht von Varoufakis auf drei Pfeilern: Weil die „Vereinbarung“ noch nicht mit der Troika abgeschlossen ist, können Details zugunsten Griechenlands ausgehandelt werden. Es wird bald einen Schuldenschnitt geben. Die griechischen Oligarchen werden angegriffen. Die Bedingungen für erfolgreiches Nachverhandeln sind nach Varoufakis schlecht. Der Schuldenschnitt würde zwar kommen, aber nicht die Austerität verringern. Und schließlich sei bei den versuchten Angriffen auf die Oligarchen deutlich geworden, dass die Troika der beste Freund der griechischen Oligarchen ist. Dennoch sei hier ein Schlüssel für linkes politisches Handeln zu finden. Der zweite sei mit der Auseinandersetzung mit den alten Memoranden-Parteien und damit wiederum mit der Oligarchie-Verquickung verbunden: mit ihrem gemeinsamen unmenschlichen Umgang mit den Flüchtlingen. Den setzt Syriza nicht fort und findet sich damit wiederum im Boot mit den Opfern der Troika. So macht Varoufakis zwei strategische Angel-punkte aus, von denen aus Syriza den Kampf um die Veränderung der Kräfteverhältnisse führen könnte und – wir setzen hinzu – dies in Kooperation mit ihren linken Kritikern in Griechenland (auch und insbesondere mit den Enttäuschten, Frustrierten, aus Syriza Ausgetretenen) und mit der endlich zu erweisenden Unterstützung seitens der Linken in der EU auch führen muss/kann: gegen die griechischen Oligarchen, die mit den Herrschenden in EU-Mitgliedsländern verflochten sind; gegen den Krieg gegen die Flüchtlinge, den die griechischen Oligarchen/die alten Memorandum-Parteien und die Troika führen. Griechenland liegt an der EU-Außengrenze und ist damit Frontex-Basis. „Gegen Frontex“ ist seit Jahren eine linke Losung, die

---

<sup>27</sup> Auch wären in diesem Zusammenhang die Veränderungen des Koalitionspartners ANEL zu analysieren.

<sup>28</sup> <http://yanisvaroufakis.eu/2015/09/22/tsipras-triumph-vs-the-impossible-task-of-implementing-a-program-designed-to-fail-in-the-guardian/>

mit Leben erfüllt werden kann und muss. Zu einer neuen Losung könnte werden: Die Troika und die Oligarchien sollen für jene Leistungen aufkommen, die für einen menschenwürdigen Umgang mit den Flüchtlingen in Griechenland notwendig sind! Die Mittel für Frontex sollen für die Rettung und für wirkliche Hilfen für Flüchtlinge umgewidmet werden!

Damit ist aber auch gesagt, dass die Solidarität der Linken in der EU mit Griechenland zentral bleibt. Über ihr bisheriges Versagen wäre jetzt in den Parteien und Bewegungen zu sprechen. Euro-Austrittsdiskussionen sind eher eine Flucht vor dem Suchprozess nach Gemeinsamkeiten. Es muss hingegen um das Ausloten gemeinsamer Interessen der Linken in und außerhalb Griechenlands und um die Verabredung von Aktionen gehen – nicht darum, Aufträge und Bewertungen an Syriza zu adressieren. Telepoulos liefert uns für mögliche Felder der Solidarität treffliche Beispiele:

*„Die kanadische Firma Eldorado Gold hat auf Chalkidiki und in Thrakien für einen Spottpreis die Schürfrechte für Gold erworben. Das geschieht auch im Rahmen der von der EU geforderten Privatisierungen. Neben den extrem gefährlichen und für den Tourismus fatalen Umweltbelastungen durch Arsennutzung, Zyanidausfällungen und dem Abholzen kompletter Wälder bleibt für den griechischen Staat ein Minus in der Steuererhebung. Denn Eldorado Gold hat seinen Firmensitz in den Niederlanden und zahlt dort lieber dem Eurogruppen-Vorsitzenden Jeroen Dijsselbloem eine niedrige Körperschaftssteuer anstatt er an den gebeutelten griechischen Finanzminister die nun geforderten 28 Prozent abführt. Weil es um eine innergemeinschaftliche Firmenbeziehung handelt, kann Tsipras' Regierung diese Praxis nicht unterbinden. Sie ist Teil der europäischen Verträge und damit der Grundlagen der Eurozone. Aus den Niederlanden verschwindet das Geld dann in Richtung Barbados, damit auf die Zinserträge des Unternehmens keine Steuern anfallen.“*

*„Dass die Griechen nicht das Monopol auf solch eine Steuerflucht haben, zeigt sich an der Tatsache, dass auch der Autohersteller Fiat nun offiziell eine niederländische Firma ist. Der Vorstand wandert zudem aus Turin auf die britische Insel aus, um so die Möglichkeiten der Steuerverminderung zu maximieren. Dijsselbloem ist nicht der einzige Nutznießer der auf Troika-Geheiß erhöhten Körperschaftssteuern südlicher Länder. Das Familienunternehmen FAGE, einer der größten Exporteure von Milchprodukten Griechenlands, residiert nun in Jean Claude Junckers Heimat Luxemburg. Die Produktionsstätten bleiben dagegen weiterhin in Hellas. So wird Luxemburg Nutznießer des Greek Yoghurt Booms und die Griechen hören mal wieder, dass sie nichts produzieren.“<sup>29</sup>*

Die Schmiergeldzahlungen bundesdeutscher Konzerne an griechische Beamte sind hinreichend bekannt und seien hier nur in Erinnerung gerufen.<sup>30</sup> Ehemaligen Siemens-Managern droht in Griechenland ein Prozess wegen Bestechung und Geldwäsche. Der Konzern selbst hatte sich bereits 2012 in dieser Sache außergerichtlich mit dem griechischen Staat geeinigt.<sup>31</sup> Schließlich beteiligen sich deutsche Unternehmen auch an der erzwungenen Privatisierung öffentlichen Eigentums: Der Flughafenbetreiber Fraport, an dem das Land Hessen und die Stadt Frankfurt gemeinsam eine Mehrheit der Aktien halten, will 14 Flughäfen in Griechenland übernehmen.<sup>32</sup>

---

Die Vorsitzende der Linksfraktion im Hessischen Landtag Janine Wissler erklärte dazu: „Es ist ein Hohn, wenn sich die Fraport AG, die sich mehrheitlich im Besitz von Hessen und Frankfurt befindet, an dem Ausverkauf des griechischen Tafelsilbers beteiligt. Profite würden dadurch nicht mehr für den griechischen Staat, sondern für deutsche Unternehmen, Frankfurt und Hessen erwirtschaftet werden.“

Es sei eindeutig zum Schaden Griechenlands, wie sich Fraport mit der Unterstützung von Ministerpräsident Volker Bouffier (CDU) an der Ausweitung der griechischen Infrastruktur beteilige, so Wissler. „Dass sich Fraport 14 gewinnträchtige Flughäfen für 40 Jahre sichern will, der griechische Staat jedoch die restlichen, unrentablen, aber für die Versorgung der Bevölkerung unerlässlichen Regionalflyer weiter betreiben muss, macht eines deutlich: Das Ganze ist Teil einer von der deutschen Regierung mit zu verant-

---

<sup>29</sup> <http://www.heise.de/tp/artikel/45/45413/1.html>

<sup>30</sup> z.B. im Rüstungssektor: [http://www.deutschlandfunk.de/deutsch-griechische-ruestungsdeals-die-fetten-jahre-sind.1773.de.mhtml?dram:article\\_id=324145](http://www.deutschlandfunk.de/deutsch-griechische-ruestungsdeals-die-fetten-jahre-sind.1773.de.mhtml?dram:article_id=324145)

<sup>31</sup> <http://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/schmiergeld-affaere-anklage-gegen-ex-siemens-manager-a-1004775.html>

<sup>32</sup> <http://www.fr-online.de/flughafen-frankfurt/griechische-flughafen-gegen-deal-von-fraport,2641734,31878164.html>

wortenden Erpressungspolitik und trägt nur dazu bei, das Staatsdefizit Griechenlands weiter zu vergrößern.“<sup>33</sup>

---

Es gibt aber darüber hinaus mindestens zwei Gebiete, in denen sich die Defizite linker Strategie und Taktik in allen Ländern der EU in den letzten Monaten besonders empfindlich bemerkbar gemacht haben: in der Frage nach dem Verhältnis der linken Bewegungen zum Staatsapparat und in der (alten) Frage nach dem Verhältnis von Bewegung-Partei-Fraktion-Regierung und von Partei und „Massen“. Was Syriza in aller Deutlichkeit betroffen hat, ist als Problem in allen anderen Parteien und Bewegungen in der EU präsent. Begriffe, wie Staatsstreich, Entdemokratisierung usw., die auf eine berechtigte Kritik der EU und der Rolle Deutschlands<sup>34</sup> fokussieren, erschöpfen das Problem nicht. In den Debatten verdecken sie eher die differenzierten Entwicklungen des Protostaates EU wie auch eines bürgerlichen Staates mit einer linken Regierung. Die Reform des Staatsapparates in Griechenland selber stellt ein eigenes Problem dar, in dem sich die generellen Grundfragen des Verhältnisses von Staat, Bewegungen und Gesellschaft in der EU und ihren Mitgliedsstaaten in konzentriertester Form darstellen. Die Vorstellungen einer Auflösung bzw. Umgestaltung der EU oder des Austritts einzelner Staaten aus der EU sparen viele Fragen aus: das Problem der Durchsetzbarkeit von konkreten Forderungen wie z. B. zur Industriepolitik über den vorhandenen Staatsapparat, die Möglichkeit zur Durchsetzung besonderer Zielen bei gleichzeitiger Umgestaltung oder Umgehung des Staatsapparates. Die erste Syriza-Regierung hatte einen Minister für Verwaltungsreform, die zweite setzt dies fort. Es wurde und soll weiterhin versucht werden, das System von Klientelismus und Korruption gemeinsam mit den Beschäftigten zu zerschlagen. Angesichts der Realität des griechischen Staates, dessen Probleme wir in anderer Form auch in Deutschland hinreichend gut kennen, steht die praktische Frage, wie ein Staatsapparat verändert werden muss bzw. kann, um sinnvollen Veränderungsprozessen Raum zu geben.

---

<sup>33</sup> <http://linksfraktion-hessen.de/cms/abgeordnete/die-abgeordneten/janine-wissler/pressemitteilungen/6121-aktuelle-stunde-im-landtag-fraport-deal-schadet-griechenland.html>

<sup>34</sup> „Berechnungen des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) zeigen, dass sich aus der Krise zwischen 2010 und heute Einsparungen für den deutschen Haushalt von rund 100 Mrd. Euro (mehr als 3% des Bruttoinlandsprodukts, BIP) ergaben, die sich zumindest zum Teil direkt auf die Griechenlandkrise zurückführen lassen. Diese Einsparungen übertreffen die Kosten der Krise – selbst dann, wenn Griechenland seine Schulden komplett nicht bedienen würde. Deutschland hat also in jedem Fall von der Griechenlandkrise profitiert.“  
<http://www.iwh-halle.de/d/publik/presse/30-15.pdf>